

Position Liberal 85

Finanzkrise – Krise der amtlichen Statistik?

Kritik an staatlicher Berichterstattung
zur Lage von Wirtschaft und
Finanzmärkten im Krisenjahr 2008

FINANZKRISE – KRISE DER AMTLICHEN STATISTIK?

Kritik an staatlicher Berichterstattung zur Lage von
Wirtschaft und Finanzmärkten im Krisenjahr 2008

Immo H. Wernicke

Impressum:

Herausgeber
Liberales Institut der
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Karl-Marx-Straße 2
14482 Potsdam

Tel.: 03 31.70 19-2 10
Fax: 03 31.70 19-2 16
libinst@freiheit.org
www.freiheit.org

Titelbild: Klaus Stuttmann, 2008

Produktion
COMDOK GmbH
Büro Berlin

1. Auflage 2009

Inhalt

1. Wirtschafts- und Finanzkrise im Spiegel amtlicher Berichterstattung	5
2. Staatliches Datenangebot und Informationsbedarf der Wirtschaftspolitiker	6
2.1 Regulierter Informationsbedarf der Wirtschafts- und Finanzpolitik	6
2.2 Behördenapparat zur Datenbeschaffung und Berichterstattung auf Basis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung	6
3. Fragwürdige amtliche Berichte zur Wirtschaftslage im Krisenjahr 2008	7
3.1 Jahresbericht und Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung	7
3.2 Sachverständigengutachten flankiert Jahreswirtschaftsbericht	8
3.3 Zweifelhafte Nachrichten vom Finanzminister und von der Bundesbank	9
4. Realitätsfernes staatliches Informationsangebot zur Wirtschaftslage	9
4.1 Abbild der „realen Wirtschaft“ durch Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung?	9
4.2 Zweifelhaftes Wirtschaftswachstum in der amtlichen Statistik	10
4.3 Desinformation mit ordnungspolitischen Folgen – Nobelpreisträger Paul A. Samuelson's „Mixed Economy“ versus Marktwirtschaftler Adam Smith	12
4.4 Staatsquoten verschleiern Belastung	13
4.5 Zweifelhafte Prognosen und Interdependenzen des tautologischen Systems	15

5. Geldschleier über den Gütermärkten der „realen Wirtschaft“	15
5.1 Monetäre versus güterorientierte Betrachtungsweise	15
5.2 Exportweltmeisterschaft – eine Illusion des Geldschleiers?	16
6. Betriebsferne amtliche Sicht – Relikt der Planwirtschaft?	17
6.1 Wie aus Betriebskosten nationale „Wertschöpfungen“ werden	17
6.2 Informationsdefizit zu Liquiditätsproblemen der „realen Wirtschaft“	18
6.3 Desinformation mit Unternehmensdaten durch die Bundesbank 2008	19
6.4 Unbekannte Risiken der Exportforderungen	20
6.5 Rückblick auf das Krisenjahr 1990: Ostdeutschland vor der Insolvenz	20
6.6 Erfüllung der Kernaufgaben durch Bankensystem und EZB?	21
7. Informationsdefizit durch vernachlässigte Volksvermögensrechnung	22
7.1 „Nachhaltige Entwicklung in Deutschland“	22
7.2 Schwachstelle: Vernachlässigte Vermögensrechnung	22
7.3 „Wem gehört Deutschland?“	23
7.4 Staatsbetriebe und Privatisierung in der DDR	23
8. Zweifel an der Datenbasis – Falschbeantwortungen?	24
8.1 „False response“ – Falschbeantwortungen	24
8.2 Vor 20 Jahren: „False Response“ in der ehemaligen DDR-Statistik?	24
9. Fazit	25
Über den Autor	26

1. Wirtschafts- und Finanzkrise im Spiegel amtlicher Berichterstattung

Im Sommer 2008 feiert die Bundesregierung die Erfolgsjubiläen „60 Jahre Soziale Marktwirtschaft“ und Wende und Zusammenbruch der Zentralverwaltungswirtschaften in Mittel- und Osteuropa. Im Herbst 2008 werden Parlamentarier und Bürger von der Existenz einer globalen Finanz- und Wirtschaftskrise überrascht. Banken stehen vor der Insolvenz. Der Automobilsektor, voran General Motors mit Opel, und die Kaufhäuser haben dramatische Umsatzeinbrüche. Medien ziehen Vergleiche mit der Weltwirtschaftskrise 1929. 20 Jahre nach dem Ende der Staatsbank der DDR wird eine der größten Geschäftsbanken, die Commerzbank, teilverstaatlicht. 2009 wird die Bank „Hypo-Real-Estate“ durch ein Gesetz komplett in Staatshand überführt.¹

Mitte Oktober 2008 beschließen Bundesregierung und Parlament ein historisch einzigartiges 500-Milliarden-Hilfsprogramm zur Bewältigung der Finanzkrise. Zwei Konjunkturprogramme folgen. Bundestagsabgeordnete wie Ludwig Stiegler und Leo Dautzenberg beklagen das Fehlen von Informationen zur Lage der Finanzmärkte und der „realen Wirtschaft“. Die Bundeskanzlerin, Angela Merkel, bemängelt die Aktualität der amtlichen Wirtschaftsdaten: „Wir haben oft sehr alte statistische Daten, an denen wir uns orientieren und die die neuere wirtschaftliche Entwicklung noch nicht wiedergeben.“²

Das ist erstaunlich, verfügt die Bundesregierung doch über einen gewaltigen Staatsapparat zur Datenbeschaffung und Berichterstattung über die Wirtschafts- und Finanzlage. Parlamentarier benötigen Informationen, um Regierungshandeln zu kontrollieren. Bürger bedürfen Informationen, um ihre Grundrechte auszuüben. Liegt Staatsversagen in der Erfüllung von Informationspflichten gegenüber Parlament und Bürgern vor, die vom Informationsfreiheitsgesetz (IFG) und Verbraucherinformationsgesetz (VIG) nicht gesichert werden?³

1 Neue Zürcher (2009): „Rezession und Desintegration“, Nr. 61, v. 14./15.März, Frankfurter Allgemeine Zeitung (2009), v. 11. März, S. 11-18; Tagesspiegel mit Handelsblatt (2009), „Risiko total: Hypo Real Estate bewegt eine Billion Euro“, 21. Februar, S. 15.

2 Kritik von Ludwig Stiegler (MdB) und Leo Dautzenberg (MdB) beim „True Sale International Congress“ zur Finanzmarktkrise am 1./2.Oktober 2008 in Berlin; Redebeitrag Bundeskanzlerin, Angela Merkel (2008), zum Deutschen Arbeitbertag 4. November 2008 in Berlin, Arbeitgeberverband-Internet-Dokumentation.

3 Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (2009): Symposium, Zugang zu Unternehmensinformationen, 12.-13. Mai Berlin.

2. Staatliches Datenangebot und Informationsbedarf der Wirtschaftspolitiker

2.1 Regulierter Informationsbedarf der Wirtschafts- und Finanzpolitik

Den Informationsbedarf der Wirtschafts- und Finanzpolitik regeln u.a. das „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8.6.1967“ und der Vertrag von Maastricht. § 1 des Stabilitätsgesetzes lautet: „Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, dass sie im Rahmen der Marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen.“ Die Bundesregierung ist verpflichtet, im „Jahreswirtschaftsbericht“ zum „Jahresgutachten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ Stellung zu nehmen und ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik zur Erreichung des „Magischen Vierecks“ dem Parlament und der Öffentlichkeit vorzustellen. Gesetzlich geregelt sind die behördlichen Datenanforderungen an große und kleine Unternehmen, Banken, selbständige Kaufleute etc. Die Belastung zur Erfüllung von Informationspflichten, darunter Statistik, werden im Jahreswirtschaftsbericht auf 2,7 Mrd. € beziffert.⁴

2.2 Behördenapparat zur Datenbeschaffung und Berichterstattung auf Basis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Mit der Erfüllung staatlicher Informationspflichten ist ein Behördenapparat mit Tausenden von Experten und mit international vernetzten Datenbanken betraut. „Fit gemacht“ durch „Qualitätsoffensiven“ des Bundesinnenministeriums, befassen sich die staatlichen Einrichtungen mit der Datenbeschaffung und Aufbereitung nach der „Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung“. Hierzu gehören das Wirtschafts- und das Finanzressort mit nachgeordneten Verwaltungs- und Aufsichtsbehörden, die Deutsche Bundesbank mit den Landeszentralbanken, und die Innenverwaltung von Bund und Ländern mit ihren Statistikämtern auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene. Zudem stehen Wirtschafts- und Finanzpolitik hochkarätige Expertengremien, wie der Statistische Beirat, der

4 Bundesministerium der Wirtschaft (2008): Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 2008, Kurs halten! Berlin Januar 2008, S. 31; Gabler-Wirtschaft-Lexikon, a.a.O., S. 3542, Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967, BGBl. I 1967, S. 582 und Artikel 101 der Verordnung vom 25.11.2003 (BGBl. I, S. 2304), Gabler-Wirtschaft-Lexikon, a.a.O., Stichwort: Maastrichter Vertrag, S. 2519.

Sachverständigenrat für Wirtschaftsfragen und der Konjunkturrat zur Seite, unterstützt von den staatlich beauftragten Wirtschaftsforschungsinstituten, die Halbjahresgutachten vorlegen und Wirtschaftsprognosen präsentieren.⁵

3. Fragwürdige amtliche Berichte zur Wirtschaftslage im Krisenjahr 2008

3.1 Jahresbericht und Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung

Die von den staatlichen Einrichtungen auf Grundlage der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung bis zum Herbst 2008 vorgelegten Berichte zeichnen ein sehr positives Bild der Wirtschaftslage. Der interessierte Bürger erfährt im Jahresbericht der Bundesregierung 2007/2008: „Das Wirtschaftswachstum – und damit auch die Steuereinnahmen – ist kräftig gestiegen.“ In „Zahlen-Daten-Fakten“ propagiert die Bundesregierung: „Deutschland hat seit 2005 beachtliche Fortschritte gemacht.“ Der ehemalige Bundeswirtschaftsminister Michael Glos bekräftigt im „Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 2008“ den Parlamentariern: „Die Reformen der letzten Jahre zahlen sich aus: mit einem Aufschwung der immer mehr Menschen erreicht, mit einer dynamisch zunehmenden Beschäftigung, mit ausgeglichenem Staatshaushalt. Für 2008 geht die Bundesregierung von einem Wachstum von 1,7% aus. Das alles spricht dafür, jetzt am eingeschlagenen Kurs festzuhalten.“ Trotz Krise bleibt Bundeswirtschaftsminister Karl Theodor zu Guttenberg im „Jahreswirtschaftsbericht 2009“ optimistisch: „Gute strukturelle Rahmenbedingungen sind die Grundlage für kräftiges und nachhaltiges Wachstum. Sie gewinnen in der derzeitigen Situation zusätzlich an Bedeutung, weil sie mittel- und langfristig unternehmerische Perspektiven eröffnen.“⁶

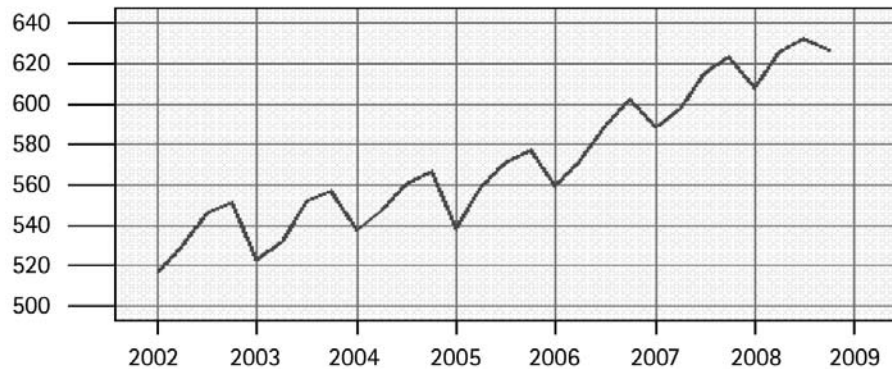
5 Gabler-Wirtschaft-Lexikon (1997), Band A, Stichwort „Amtliche Statistik“, 14. Aufl., Wiesbaden, S. 126f.

6 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (2007): Jahresbericht der Bundesregierung 2006/2007, Berlin Sept. 2007; BPA 2007/2008, Berlin Sept 2008, BPA (2008): Zahlen-Daten-Fakten/Für alle ein Gewinn, August 2008; Bundesministerium für Wirtschaft (2008): Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 2008 Kurs halten, Berlin Januar 2008, S. 7ff., BMWi (2009): Konjunkturgerechte Wachstumspolitik, Berlin Januar 2009, S. 9.

3.2 Sachverständigengutachten flankiert Jahreswirtschaftsbericht

Die regierungsamtlichen Berichte flankiert der Sachverständigenrat im Jahresgutachten zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 2007/2008. Die „Wirtschaftsweisen“ verfügen über alle amtlichen Daten aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, darunter auch die Produktions- und Kostenstrukturstatistiken, die Einkommensstatistiken, die Außenhandelsstatistiken, ferner die Bilanz- und Ertragsdaten der Unternehmen und Banken der Deutschen Bundesbank und die Herbst- und Frühjahrsgutachten der renommierten deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute sowie umfassende methodische Anleitungen zur Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Abbildung 1: Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen, Milliarden Euro



Quelle: Statistisches Bundesamt zu Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (Stand April 2009 Übersicht)

Der Sachverständigenrat, seinerzeit mit Bert Rürup an der Spitze, erwartete für 2008 eine Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft: „Ende des Jahres 2007 ist der Wirtschaftsstandort Deutschland wesentlich besser positioniert, als dies zur Zeit der letzten Aufschwungphase der Fall war. Die im Sommer des Jahres 2007 virulent gewordene Krise auf den Finanzmärkten hat allerdings das für die traditionell stark exportorientierte deutsche Volkswirtschaft wichtige weltwirtschaftliche Umfeld eingetrübt. Dennoch wird in Verbindung mit den guten Vorgaben des laufenden Jahres der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts 1,9 vH im Jahr 2008 betragen.“ Gestützt auf die Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erkennen die „Wirtschaftsweisen“ keine Krise: „Diese Abschwächung der Dyna-

mik ist aber noch kein Indiz dafür, dass der Aufschwung zum Erliegen kommt oder gar eine Rezession bevorsteht.“⁷

3.3 Zweifelhafte Nachrichten vom Finanzminister und von der Bundesbank

Diese Expertenbegutachtung kommt Bundesfinanzminister Peer Steinbrück gelegen: „In der aktuellen Herbstprojektion erwartete die Bundesregierung für 2008 nach wie vor einen BIP-Anstieg von real 1,7 %.“ Weiter verkündet er: „Im nächsten Jahr könnte bereits eine leichte Konjunkturerholung einsetzen.“ Noch im Januar 2009 wird Wachstum propagiert: „So ist nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2008 im Jahresdurchschnitt um preisbereinigt 1,3 % angestiegen, nach einer Zunahme um 2,5 % im Jahr 2007.“ Die Deutsche Bundesbank bestärkt im Juni des Krisenjahres 2008 diese Desinformation: „Im Jahresdurchschnitt und kalenderbereinigt erwarten wir einen Anstieg des realen BIP um 2,0 % für das Jahr 2008 und um 1,4 % für 2009.“ Die globale Finanzkrise wird vom Finanzminister kurz vor Verabschiedung des „Finanzmarktstabilisierungsgesetz v. 17. Okt 2008“ eingestanden. Konkrete Angaben zum Ausmaß der Krise werden weder dem Parlamentarier noch dem interessierten Bürger vorgelegt.⁸

4. Realitätsfernes staatliches Informationsangebot zur Wirtschaftslage

4.1 Abbild der „realen Wirtschaft“ durch Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung?

Für die Berichte der Bundesregierung zum „magischen Viereck“, Wirtschaftswachstum, Preisentwicklung, Beschäftigung und Außenhandel sind die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung informatorische Basis. Das Verfahren der mit den Vereinten Nationen und Europäischen Union (Eurostat) vereinbarten Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) erläutert das Statistische Bundesamt: „Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen haben die Aufgabe, ein möglichst umfassendes, übersichtliches, hinreichend gegliedertes, quantitatives Gesamtbild des wirtschaftlichen Geschehens zu geben. Auf die

⁷ Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2007), Jahresgutachten 2007/2008, November 2007.

⁸ Bundesministerium der Finanzen (2008): Konjunkturerholung aus finanzpolitischer Sicht, Monatsbericht des BMF, Berlin Oktober 2008, S. 23ff., BMF: Monatsbericht September 2008. Internet-Seiten des BMF Oktober 2008.

Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen stützen sich Politik, Wirtschaft und Verwaltung bei ihren Arbeiten und Entscheidungen". Wirtschaftsstatistiker und Kritiker Peter von der Lippe bestätigt: „Die VGR dient jedoch vor allem der Wirtschaftstheorie und der -politik. Die durch die VGR errechneten Aggregate, insbesondere die Sozialproduktionsgrößen, gelten als umfassende Erfolgsmaßstäbe der Wirtschaftspolitik“.⁹

Tabelle 1: Inlandsproduktberechnung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung VGR

Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	2007	2006
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	20,02	17,86
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	572,12	538,84
Baugewerbe	87,15	80,35
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	382,41	374,60
Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister	634,82	616,41
Öffentliche und private Dienstleister	474,69	465,24
Alle Wirtschaftsbereiche	2 171,21	2093,3

Stand: 26. August 2008 in jeweiligen Preisen, Mrd. EUR

Quelle: DESTATIS Internet-Daten vom November 2008

4.2 Zweifelhaftes Wirtschaftswachstum in der amtlichen Statistik

Zentraler Erfolgsmaßstab ist das „Wirtschaftswachstum“, definiert als zeitliche Veränderung des Sozialprodukts bzw. des Bruttoinlandsprodukts. Es besteht aus der Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche einer Volkswirtschaft, indem von den Produktionswerten jeweils die Vorleistungen abgezogen werden. Das Bruttoinlandsprodukt wird aus einer Vielzahl von Einzelstatistiken der Sektoren „Land-

⁹ Statistisches Bundesamt (DESTATIS) (2008): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 2007, Fachserie 18, Reihe 1.4, Wiesbaden 2008; Peter v.d. Lippe: Wirtschaftsstatistik, Kapitel III: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, 3. Aufl., Stuttgart New York 1985, S. 74-118, aktuell Homepage P.v.d. Lippe zur VGR 2009; siehe Michael Frenkel, Klaus-Dieter John (1997): VGR, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, in: Gabler-Wirtschaft-Lexikon, a.a.O., S. 4199-4211, ebenda Artur Woll: „Volkswirtschaftstheorie“, S. 4224f.; ebenda, Stichwort: „Wachstum“, S. 4257f., ebenda, Stichwort: Sozialprodukt, S. 3474ff.; Meyers Online-Lexikon: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung.

und Forstwirtschaft, Fischerei“, „Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe“, „Baugewerbe“ sowie „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ sowie des „Staats“ und der „Finanzdienstleister“ ermittelt. Die Statistikbehörden orientieren sich an methodischen Regularien von Eurostat, abgestimmt mit den Vereinten Nationen. Die Komplexität dieser Regeln ähnelt dem Steuerdschungel und ist weder dem Parlament noch dem Bürger transparent. Die amtlichen Ergebnisse der als „Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche“ deklarierten Beiträge zum Bruttoinlandsprodukt fließen in die offiziellen Berichte der Bundesregierung sowie Europäischer Union, OECD usw. ein. Für das Krisenjahr 2008 wird Deutschlands Wachstum offiziell auf +1,3 % beziffert.¹⁰

Für die Wirtschaftspolitik irreführend an der Wachstumsrechnung ist, dass „ex definitione“ auch die Bereiche „Finanzierung, Vermietung und Verpachtung und Unternehmensdienstleister“ und „öffentliche und private Dienstleister“, darunter der Staat, „Wirtschaftsbereiche“ sind und „ex definitione“ mit „Wertschöpfungen“ und „Produktionswerten“ zum Bruttoinlandsprodukt beitragen. Deren Beitrag beläuft sich anteilig auf über 50%. Dieses Übergewicht gegenüber der mittelständischen Wirtschaft, Handwerk und Industrie ist eine Standortschieflage, die unreflektiert bleibt. (vgl. Tabelle 1)¹¹

Nicht nachvollziehbar ist, dass die Sektoren „Öffentliche und private Finanzdienstleister“ und „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ im Krisenjahr 2008 einen positiven Beitrag leisten. Das widerspricht den Angaben der Geschäftsberichte und Stellungnahmen großer Banken über Milliardenverluste und der Tatsache, dass Massenkonkurse bei Banken, Versicherungen und Investmentgesellschaften drohen. Auch die „Negativleistung“ der staatlichen Finanzaufsichtsbehörden im Krisenjahr 2008 wird nicht erfasst. Ebenso realitätsfern sind die Quartalsdaten 2008, die für die Bereiche „Finanzierungen“ und „Finanzdienstleistungen, Staat“ positive Wachstumsraten ausweisen. Die von der Bundesregierung eingeräumten Negativbeiträge dieser Sektoren in der Begründung für das 500-Mrd-Paket schlagen in der amtlichen Berechnung nicht zu Buche. (vgl. Tabelle 2)

¹⁰ Eurostat (1996): Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, ESGV 1995, Luxemburg; Arbeitskreis der Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder (2007): METHODENBESCHREIBUNG, Stand: April 2007, DESTATIS-Internetseiten 2009.

¹¹ Jahresgutachten des Sachverständigenrats 2007/2008, hrsg. im November 2007; Statistisches Bundesamt (DESTATIS) (2008), Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 2007, Fachserie 18, a.a.O.

Tabelle 2: Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen und Quartalen 2007–2008
Mrd €

Jahr, Quartal	Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Bau	Bau-gewerbe	Handel Gast-gewerbe	Finanzierung Vermietung Unternehmendienste-leister	Öffentliche (Staat) und Private Dienstleister
III	5,95	146,43	25,87	103,52	165,85	120,58
II	5,61	152,10	23,86	100,21	162,01	117,44
2008 I	5,12	141,90	21,38	94,52	161,54	116,96
IV	5,33	149,45	21,41	98,17	158,03	126,38
III	5,54	143,60	24,01	99,20	161,75	118,50
II	4,84	141,67	21,67	95,06	157,55	114,87
2007 I	4,31	137,40	20,06	89,98	157,49	114,94

Quelle: DESTATIS Internetdaten vom 6.12.2008 – aktualisiert am 25. November 2008

4.3 Desinformation mit ordnungspolitischen Folgen – Nobelpreisträger Paul A. Samuelson's „Mixed Economy“ versus Marktwirtschaftler Adam Smith

Allein die Desinformation über das Wachstum beweist, dass der gewaltige staatliche Berichts- und Datenbeschaffungsapparat gravierende Schwachstellen aufweist. Hierzu gehört eine zentralplanwirtschaftsorientierte, wirtschaftstheoretische Grundlegung, die die Staatslasten der mittelständische Wirtschaft zu Wertschöpfungen und Wachstum umdefiniert. Wirtschaftsstatistiker Peter von der Lippe kritisiert: „Man könnte aber auch die Auffassung vertreten, dass diese laufenden Staatsausgaben (für Straßen, Schulbau, Polizei, soziale Sicherung) gänzlich Vorleistungen darstellen [...] und das BSP um diesen Betrag gekürzt werden müsste.“¹²

12 Peter v.d. Lippe (1985), a.a.O., S. 74–118; „Mixed Economy“, in Paul A. Samuelson (1964): Economics, chapter 3, Price Functioning of a „Mixed“ Capitalistic Enterprise System, 6th international edition New York 1964, pp. 36–54.

Die Wegdefinition der Belastung wird vom Sachverständigenrat gestützt: „Der Produktionswert der so genannten „Nichtmarktproduzenten“ aus den Sektoren Staat und private Organisationen ohne Erwerbszweck, deren Leistungen der Allgemeinheit überwiegend ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden, werden durch Addition der Aufwandsposten dieser Institutionen ermittelt.“

Rückendeckung erhalten die „Wirtschaftsweisen“ von der Theorie der „Mixed Economy“ des Nobelpreisträgers Paul A. Samuelson und der Theorie der monetären Nachfrage von John M. Keynes. Unbeachtet bleibt, dass Paul A. Samuelson in älteren Auflagen seiner „Economics“ einräumt: „After some debate, the income statisticians of the United States and United Nations decided on using the simplest method of all. To the flow of consumption product and investment product, they simply add all government expenditure on goods and services.“ Finanzdienstleister und Banken werden von Paul A. Samuelson's indes diskussionslos den produzierenden Bereichen gleichgestellt: „Banking is a business much like any other business.“

Marktwirtschaftler Adam Smith, würde Paul A. Samuelsons „Mix“ von marktfähiger Produktionsleistung und nichtmarktfähiger Finanz- und Staatsdienstleistung keineswegs zustimmen: „The sovereign, for example, with all the officers both of justice and war who serve under him, the whole army and navy, are unproductive labourers. They are the servants of the public, and are maintained by a part of the annual produce of the industry of other people. Their service, how honourable, how useful, or how necessary so ever, produces nothing for which an equal quantity of service can afterwards be procured.“¹³

4.4 Staatsquoten verschleiern Belastung

Ins Visier von Adam Smith und Friedrich A. Hayek geriete das Bundesfinanzministerium mit den „Staats- und Abgabenquoten“, die den sinkenden Einfluss des Staates auf die „reale Wirtschaft“ suggerieren. Die Staatsquote ergibt sich „ex definitione“ aus dem Anteil der Staatsausgaben aller Gebietskörperschaften am Bruttoinlandsprodukt. Die Abgabenquote ist der Anteil der Abgaben und Steuern am Bruttoinlandsprodukt. Peter von der Lippe bemängelt, dass das Bruttoinlandsprodukt die Einnahmen des Staates und der Finanzdienstleister enthält. (Tabelle 3)

13 Paul A. Samuelson (1964), ebenda, chapter 15, The Banking System, S. 285–308, 288; Adam Smith: Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations, Book 2, Chapter III, London 1776; deutsche Ausgabe „Der Wohlstand der Nationen“, Drittes Kapitel: Bildung von Kapital oder produktive und unproduktive Arbeit, dtv München 1978, S. 272f.; Jahresgutachten des Sachverständigenrats 2007/2008, a.a.O.

Tabelle 3: BMF-Entwicklung der Staatsquoten

Staatsanteil am Bruttoinlandsprodukt/BIP in vH			
	Insgesamt	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen
1960	32,9	21,7	11,2
1970	38,5	26,1	12,4
1990	43,6	27,3	16,4
2000	47,6	26,5	21,1
2007	43,9	24,7	19,2

Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

Quelle: Bericht des BMF – IA4 v. 15. Januar 2008 Internet Quoten: 15_01_2008.xls, STAATS-QUOTE

Sachverständigenrat und Institut der Deutschen Wirtschaft kritisieren, dass „hohe Abgabenquoten steigende öffentliche Haushaltdefizite, hohe staatliche Schuldenstände und hohe öffentliche Konsumausgaben die Wachstumskräfte einer Volkswirtschaft lähmen.“¹⁴ Die in der Sozialen Marktwirtschaft ordnungspolitische Frage zur Obergrenze der Staats- und Abgabenquote und ihrer Berechnungsgrundlage wird nicht diskutiert. Unreflektiert bleibt im Jubiläumsjahr des Grundgesetzes die Vereinbarkeit hoher Staatsquoten mit der Dispositionsfreiheit von Bürgern und Unternehmern gegenüber dem Staat nach Art 2 (1) GG (Grundgesetz).

Eine Korrektur der Staatsquotenberechnung durch die Einkommensstatistik würde indes den von Friedrich A. Hayek befürchteten „Road to Serfdom“ auch in der 60-jährigen Geschichte der Bundesrepublik bestätigen. Nach Abzug von Sozialabgaben und Steuern vom Bruttoarbeitsentgelt, ergibt sich eine Staatsquote von deutlich über 50%. Noch gravierender wird die Belastung der Beschäftigten, wenn die staatlich induzierten, monopolartigen Tarif- und Preisfestsetzungen für Energie, Wasser, Entsorgung, Verkehr, Telekommunikation, Maut und Versicherungen und die inflationäre Preisentwicklung, gemessen am „Schweizer Index der Gefühlten Inflation“, einbezogen würden. (Tabelle 4)¹⁵

14 Institut der Deutschen Wirtschaft (2003), Dokumentation des Symposiums „Wege zu einem effizienten Staat“, v. 1. Okt. 2003 in Berlin, S. 6f.

15 Rolf Ackermann (2008) 02.06.2008: „Preisanstieg Welche Schlussfolgerungen die „gefühlte Inflation“ erlaubt“, über den Index von Hans Wolfgang Brachinger von der Universität Fribourg, Wirtschaftswoche 02.06. 2008.

4.5 Zweifelhafte Prognosen und Interdependenzen des tautologischen Systems

Kritik an den Prognosen der Ökonomen kommt auch von Wissenschaftstheoretikern, wie Karl Popper, Ernst Topitsch und Hans Albert. Sie halten Ansätze, wie Samuelson's „Mixed Economy“ und John M. Keynes' Nachfragetheorie als tautologisch. Empirisch kausale Interdependenzen als Grundlage einer rationalen Wirtschaftspolitik werden nicht abgebildet und Prognosen fehlt die wirtschaftstheoretische Begründetheit.¹⁶

5. Geldschleier über den Gütermärkten der „realen Wirtschaft“

5.1 Monetäre versus güterorientierte Betrachtungsweise

Die an der zentralen Planwirtschaft orientierte staatliche Gesamtsicht ist einseitig monetär und einkommensorientiert. Dies begründet Peter von der Lippe historisch aus dem Zusammentreffen der Volkseinkommensstatistik und der Kreislaufrechnung. Politisch relevante Informationen zur Entwicklung der Güterproduktion und zur Lage an den Rohstoff-, Energie- und Gütermärkten werden vernachlässigt. Nationalökonom Adam Smith bemerkt: „Es gibt in der Tat eine weitere Bilanz, die Aufschwung oder Niedergang eines Landes zwangsläufig nach sich zieht. Es handelt sich hierbei um die Bilanz über die jährliche Produktion und den Verbrauch.“ Ohne grundlegende Informationen zum Güterangebot und zum Versorgungsbedarf der Unternehmen und Privathaushalte an Energie (Erdöl, Gas, Strom, Atomkraft, Kohlkraft, erneuerbaren Energien etc.), Wasser und Rohstoffen kann die Funktionsfähigkeit der Märkte nicht beobachtet und schon gar nicht verbessert werden. Schon Ludwig von Mises kritisierte, dass der Schleier des Geldes über die Vorgänge der „realen Wirtschaft“ gelegt wird. Durch die Globalisierung kommt der Schleier der Schattenwirtschaft hinzu.¹⁷

16 Ernst Topitsch (1966) Hrsg.: Logik der Sozialwissenschaften, Beiträgen von Karl R. Popper, Hans Albert, Oskar Morgenstern, Erwin K.Scheuch, 3. Aufl., Köln-Berlin 1966.

17 Peter v.d. Lippe (1985), a.a.O., S. 80f., eine sehr informative Auseinandersetzung mit der VGR führt Klaus Voy (2004): „Schumpeter und das Sozialprodukt“, Beitrag zur Archäologie der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in der ersten Hälfte des Zwanzigsten Jahrhunderts, Working Paper No. 42 der Thünen-Reihe der Universität Rostock.

Tabelle 4: Staatliche Belastung des Arbeitnehmerentgelts in Mrd. €

	1991	2007
Arbeitnehmerentgelt	847	1181
Sozialbeiträge Arbeitgeber	-154	-225
Sozialbeiträge Arbeitnehmer	-99	-162
Lohnsteuer	-113	-171
Nettolöhne	481	621
Verbrauchssteuern	-60	-80
Unbelastetes Entgelt	420	540
Staatsabgaben	427	641
Staatsquote	> 50%	> 50%

Durchschnittliche Gesamtaufwendungen des Arbeitgebers pro Arbeitnehmer

Quelle: Statistisches Bundesamt Fachserie 18, Reihe 1.4, 2007, S. 41

5.2 Exportweltmeisterschaft – eine Illusion des Geldschleiers?

Trotz Krisenjahr 2008 wird die deutsche Wirtschaft mit Blick auf die Exporterlöse als „Exportweltmeister“ gefeiert, das Sachverständigen Gutachten zu 2008 beschönigt: „Die internationale Dynamik wird – nicht zuletzt auf Grund der Finanzmarkturbulenzen in den Vereinigten Staaten und ihrer weltweiten Folgewirkungen – in diesem Jahr weniger kräftig ausfallen. Die außenwirtschaftlichen Impulse lassen nach.“ Der Geldschleier verdeckt den güterwirtschaftlichen Aspekt im Außenhandel. Güterexporte nach Indien und China führen zum Verlust von Konsumgütern, Maschinen oder kompletten Produktionsanlagen, die dem Binnenmarkt entzogen werden. Ebenso verschleiern Exporterlöse den Verbrauch von Energie und Rohstoffen und anderer wertvoller Ressourcen. Adam Smith bestätigt: „Die Bilanz über Produktion und Konsum kann für ein Land ständig günstig sein, auch wenn seine sogenannte Handelsbilanz regelmäßig negativ ist.“¹⁸

18 Walter Lippe: Exportweltmeister Deutschland-Titel auf Zeit, in: Wirtschaft und Statistik, Wiesbaden 2003; der Jahresbericht der Bundesregierung 2007/2008 propagiert: „Und wir sind wieder Exportweltmeister geworden, zum Beispiel bei Umwelttechnologien, im Maschinenbau und in der Automobilindustrie.“ Adam Smith: Der Wohlstand der Nationen, dtv, deutsche Ausgabe, München 1978, S.411; DESTATIS-Internet-Außenhandelsdaten, Oktober 2008, Peter v.d. Lippe, a.a.O., S. 74ff.; Adam Smith: Der Wohlstand der Nationen, deutsche Ausgabe, a.a.O. S. 410f.

6. Betriebsferne amtliche Sicht – Relikt der Planwirtschaft?

6.1 Wie aus Betriebskosten nationale „Wertschöpfungen“ werden

Die in der „Mixed Economy“ von Paul A. Samuelson geforderten makroökonomischen Aggregationen von Mikrodaten zum Inlandsprodukt war schon von Josef A. Schumpeter kritisiert worden. Weder die Gesamtwirtschaft, noch der Staat, noch die Sektoren treten als real existierende Akteure oder in Holdings gebündelt als Anbieter oder Nachfrager auf. Die wirtschaftspolitische Relevanz der nationalen Aggregate ist gering. Es fehlt der geographische Bezug. Thünen's Logistik- und Transportprobleme und regionale wie lokale Markt- und Leistungs-differenzierungen werden „wegaggregiert“. Die Aggregation zum „Produzierten Nationaleinkommen“ oder zum Sozialprodukt ist indessen Systemkomponente von Zentralverwaltungs- und Kriegswirtschaften. Vernachlässigt werden die Millionen von kleinen und mittleren Unternehmen, Akteure, die an dezentralen, regionalen und lokalen Märkten zur Wertschöpfung der „realen Wirtschaft“ beitragen. Für diese Unternehmen sind staatliche Abgaben und Auflagen (z.B. Erfüllung umfassender Berichtspflichten für die amtliche Statistik, Steuer- und Lohnbuchhaltung, Benutzungsgebühren) ebenso wie Beratungsdienstleistungen (Versicherungsabschlüsse, Anwalts- und Gutachterkosten) Betriebskosten.

Die amtliche „Betriebsblindheit“ ignoriert, dass staatlichen Abgaben und Auflagen sowie Ausgaben für Finanzdienstleister und Banken zu Lasten von „Cashflow-Finanzierung“ und Liquidität, von Ersatzinvestitionen und Eigenkapitalbildung, sowie von Produktinnovationen und Ausgaben für „Research and Development“ in den Unternehmen gehen. Sie sind Einschränkung der unternehmerischen Dispositionsfreiheit nach Josef A. Schumpeter. Die Betriebsferne nährt die Illusion eines „aufblühenden Dienstleistungssektors“. Viele Betriebsneugründungen im Dienstleistungssektor sind aus ausgelagerten Stabs- und Verwaltungsabteilungen der Großindustrie und durch „Privatisierung staatlicher Aufgaben“ entstanden. Betriebskosten werden zu „volkswirtschaftlichen Wertschöpfungen“ umdefiniert, soweit die neuen Beratungs-, Marketing-, Vermögensverwaltungs- und Inkassogesellschaften, Forschungseinrichtungen und IT-Gesellschaften ihren ehemaligen Arbeitgebern auf eigene Rechnung zuarbeiten.¹⁹

19 Klaus Voy (2004): „Schumpeter und das Sozialprodukt“, a.a.O.

6.2 Informationsdefizit zu Liquiditätsproblemen der „realen Wirtschaft“

Das 500-Mrd-Finanzpaket begründet die Bundesregierung mit Liquiditätsproblemen bei Banken und in der „realen Wirtschaft“. Aber im Jahreswirtschaftsbericht nimmt der Bundeswirtschaftsminister ebenso wenig wie der Sachverständigenrat zu den Betriebsbilanzen, Ertragsrechnungen sowie Cash-Flow-Rechnungen der Unternehmen und der Banken Stellung. Die Liquiditätsprobleme der Exporteure, der Privathaushalte und Gemeinden stehen nicht auf der Agenda dieser betriebsfernen Gesamtbegutachtung.²⁰

Tabelle 5: Aggregierte Unternehmensbilanzen 2005 und 2006 der Deutschen Bundesbank

Aktiva	2005	2006
Firmenwert	43,0	42,5
Sachanlagen	449,0	457,5
Vorräte	404,9	416,5
Sachvermögen	896,9	916,5
Bankguthaben	151,9	151,0
Forderungen	702,6	777,5
dar. Lieferungen	275,6	305
dar. Langfristig	50,2	54
Wertpapiere	51,3	73,5
Beteiligungen	289,6	301,5
Forderungsvermögen	1206,2	1314,5
Bilanzsumme	2103,1	2231

²⁰ Gabler-Wirtschaft-Lexikon, Stichwort: Liquidität, a.a.O., S. 2462f Jahresgutachten des Sachverständigenrats 2007/2008, November 2007. Jahreswirtschaftsbericht 2008, a.a.O.; Deutsche Bundesbank (2008): Monatsbericht Dezember 2007, S. 44 mit Bilanzen der Unternehmen 2006 im Internet Nov. 2008.

Passiva		
Kapital	500,2	561,5
Verbindlichkeiten	1183,7	1232
dar. Kurzfristig	917,5	957,5
dar. Langfristig	266,2	274,5
Rückstellungen	411,0	429,5
Sonstige
Fremdmittel	1602,9	1669,5

Quelle: Internet-Seite der Deutschen Bundesbank Nov. 2008 zum Monatsbericht Dez. 2007

6.3 Desinformation mit Unternehmensdaten durch die Bundesbank 2008

Die Informationslücken schließt die Deutsche Bundesbank nicht, obwohl ihr Banken- und Unternehmensbilanzen und Ertragsrechnungen vorliegen. Im Juni 2008 propagiert sie: „Starkes BIP-Wachstum zum Jahresbeginn 2008“. Anhand veralteter Ertragsdaten werden Erfolge suggeriert: „Die Bruttogewinne sind bei kräftigem Geschäftswachstum und anhaltend moderater Entwicklung der Personalaufwendungen erneut zweistellig gestiegen, Umsatzrendite vor Ertragsteuern nahm seit 2003 um einen Prozentpunkt zu und erreichte mit 4 1/2 % den höchsten Wert in den letzten Jahren.“

Die Unternehmensbilanzdaten belegen indes die geringe Liquiditätsausstattung der Unternehmen, die bedrohlich wird, wenn Gehälter, Mieten und Energierechnungen nicht beglichen werden können. Angaben zur Bonität der Schuldner fehlen. Der Wert der Forderungen verringert sich auf Null, wenn die Schuldner mangels Prolongierung ihrer Bankkredite die Verbindlichkeiten nicht erfüllen. Ungewiss ist, welche der Forderungen aus den von Rating-Agenturen zu hoch bewerteten „Derivate-Paketen“ bestehen und jetzt als „Nullnummern“ abgeschrieben werden müssten.

Eine Überprüfung und Korrektur der Bilanzen von Commerzbank, Opel/General Motors und Kaufhäusern im Krisenjahr 2008 und davor wäre sicher angebracht, um den vom „Geldschleier“ und von der „Schattenwirtschaft“ verborgenen Abschreibungsbedarf offenzulegen. Die Bundesbank lässt unreflektiert, dass viele Unternehmen von der Cashflow-Finanzierung auf die riskante Kreditfinanzierung

übergegangen sind. Schumpeters persönlich haftender Eigentümerunternehmer könnte die riskante Finanzierungspolitik vieler Topmanager nicht nachvollziehen. Betriebswissenschaftler Klaus Wollenberg pflichtet dem bei: „Auf Dauer ist ein Cashflow anzustreben, aus dem nicht nur Ersatzinvestitionen, Steuerzahlungen und Gewinnausschüttungen zu decken sind, sondern auch alle Investitionen, die für die Unternehmensentwicklung von wesentlicher Bedeutung sind.“ (vgl. Tabelle 5)²¹

6.4 Unbekannte Risiken der Exportforderungen

Betriebsferne prägt die offizielle Außenhandelsberichterstattung. Mit den Liquiditätsengpässen und der Ertragslage der deutschen Exportunternehmen befassen sich „Wirtschaftswoche“ und Jahreswirtschaftsbericht nicht. Die Berichte der Deutschen Bundesbank zu den Unternehmensbilanzen lassen offen, ob die deutschen Exporteure kassenmäßige Exporterlöse erzielen oder nur den Bestand an Forderungen erhöhen. Unbekannt ist die Realisierbarkeit der Exportforderungen. Liquiditätsprobleme der Importeure im Ausland werden für deutsche Exporteure Existenz bedrohend, wenn die Banken keine Finanzierungskredite gewähren. Der ehemalige Vorsitzende des Sachverständigenrats, Bert Rürup, räumt ein: „Im Kampf um Margen und Umsätze haben auch die Exporteure und Importeure ihre Geschäfte nicht über den Cashflow finanziert sondern mit kurzfristigen Bankkrediten überbrückt“²²

6.5 Rückblick auf das Krisenjahr 1990: Ostdeutschland vor der Insolvenz

Die „Betriebsblindheit“ hat Tradition, wurde doch 1990 von Wirtschaftspolitikern, vom Sachverständigenrat und von der Deutschen Bundesbank das Liquiditätsproblem der Betriebe „übersehen“. Die ostdeutschen Unternehmen standen in einer ähnlich schwierigen Situation wie heute Opel, Arcandor und Schäffler. Die ehemaligen Kombinate der DDR konnten zum 1. Juli 1990 keine Löhne in der neuen DM-Währung auszahlen. Die Treuhandanstalt gewährte als Staatsholding zur Konkursabwendung, ohne Einsichtnahme in die DM-Eröffnungsbilanzen und

21 Deutsche Bundesbank (2008): Monatsbericht Dezember 2007, a.a.O.; Klaus Wollenberg (Hrsg.): Betriebswirtschaft, Taschenbuch, Kapitel 9, Betriebliches Rechnungswesen, München 2000, S. 234-249.

22 Auf dem Forum der Hans-Böckler-Stiftung „Renaissance der Stabilisierungspolitik?“ am 3. März 2009 in Berlin hieß es: „Die Lage ist ernst: Verstärkt durch die dramatische Zuspitzung der Finanzmarktkrise befindet sich die deutsche Wirtschaft mitten in einem heftigen Abschwung.“ Der ehemalige Vorsitzende des Sachverständigenrats, Bert Rürup legte dar, dass die Krise durch die Kreditfinanzierungen in allen Bereichen entstanden ist. Siehe auch: Kommentar in „Neue Zürcher Zeitung“: Asoziales Wirtschaften auf Pump, Nr. 61, v. 14./15. März 2009, S.33.

in die Unternehmenspläne, staatliche Bürgschaften und direkte Finanzhilfen. Trotz staatlicher „Anschubhilfe“ in Höhe von rd. 15 Mrd. DM geriet ein Drittel der Unternehmen in die damals „neugeordnete Insolvenz“, die erhofften Marktchancen waren ausgeblieben.²³

6.6 Erfüllung der Kernaufgaben durch Bankensystem und EZB?

Die von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Bankenbilanzen belegen die Kredit- und Forderungsverflechtung zwischen den Banken. Ein Großteil der Kredite und Darlehen wird nicht an die mittelständischen Unternehmen, sondern an andere Banken und an öffentliche Haushalte vergeben. Ihre ordnungspolitische Hauptaufgabe, kleinere und mittlere Unternehmen mit Geld und Kredit zu versorgen, erfüllen die Banken nur unzureichend. Geschäftsbanken zusammen mit den Landeszentralbanken betreiben Geldschöpfung unter Umgehung traditioneller Mindestreserveanforderungen und arbeiten mit „Off-Shore-Tochtergesellschaften“, die in den Bilanzen nicht auftauchen. Die Europäische Zentralbank (EZB) nimmt Geldvermehrung und Derivate-Geschäfte hin, „legitimiert“ sie durch Zinssenkungen und übernimmt Kreditforderungen gegen neue Banknoten (vgl. Tabelle 6).²⁴

Tabelle 6: Aktiva der Banken in Deutschland 2005-2008 in Mrd € – Auszug

	Bilanzsumme	Kassenbestand	Kredite an Banken €-Zone	darunter Kredite an öffentliche Haushalte	Kredite an Nichtbanken in €-Zone	Kredite an Nichtbanken außerhalb €-Zone	Aktiva in Nicht-€-Zone
2005	6859,4	15,3	2276,0	580,7	3407,6	322,4	993,8
2006	7154,4	16,4	2314,4	549,5	3462,1	376,6	1172,7
2007	7592,4	17,8	2523,4	505,8	3487,3	425,5	1339,5
2008	7892,7	17,8	2681,8	476,1	3638,2	475,1	1279,2

Quelle: Monatsbericht Deutsche Bundesbank, Mai 2009

23 Bieszcz-Kaiser, Lungwitz, Preusche (1994): Transformation-Privatisierung-Akteure, Immo H. Wernicke: Die Rolle der Treuhand, München 1994; Berichte der Treuhandanstalt 1990-1991; Fischer, Hax, Schneider (1996): „Treuhandanstalt-The Impossible Challenge“ Berlin 1996, Sachverständigenrat (1990): Sondergutachten zur DDR.

24 Deutsche Bundesbank (2008 und 2009): Bankenbilanzen, in: Monatsbericht, Mai 2009, siehe auch September 2008.

7. Informationsdefizit durch vernachlässigte Volksvermögensrechnung

7.1 „Nachhaltige Entwicklung in Deutschland“

Das Informationsdefizit will Kanzleramtsminister de Maizière durch den Jahresbericht „Nachhaltige Entwicklung in Deutschland“ schließen. Dies gelingt nicht. Der Bericht greift mit seinen „Nachhaltigkeitsindikatoren“ auf das kritisierte „Sozialprodukt pro Kopf“ (BIP je Einwohner), die „Investitionen pro Sozialprodukt (BIP)“, die Erwerbstätigenquote und die Staatsverschuldung aus dem Jahreswirtschaftsbericht zurück. Zusätzlich wird über Vogelbestände berichtet. Informationen zum Wert der Produktionsanlagen, zum Zustand der Verkehrsinfrastruktur, zum Bestand an Naturressourcen, Boden, Forsten, Gewässer und Rohstoffen sowie an Energieträgern fehlen ebenso wie Versorgungsbilanzen zum Geschehen an den Energie- und Rohstoffmärkten.²⁵

7.2 Schwachstelle: Vernachlässigte Vermögensrechnung

Wachstum von Wirtschaft und Infrastruktur könnte eine „Volksvermögensrechnung“ ermitteln. Die Volksvermögensrechnung bilanziert Produktionsanlagen und Maschinen der Betriebe und die Versorgung des Standorts mit Energie, Wasser, Grundnahrungsmitteln. Einbezogen sind ökologische Erfordernisse und der Zustand von Kraftwerken, Überlandleitungen und Starkstrommasten, Pipeline-Verbindungen für Erdöl und Gas, Verkehrswegen und Bahnhöfen, Häfen. Peter von der Lippe thematisiert: „Vermögen ist im Unterschied zum Einkommen eine Bestandsgröße. Es ist Aufgabe der Vermögensrechnung diesen Bestand für einen Zeitpunkt nach verschiedenen Merkmalen gegliedert nachzuweisen.“ Die „sektoralen Vermögensbilanzen“ der Bundesbank vermengen Aktiva (Produktionsanlagen, Grundstücke) mit Passiva (Sparguthaben und Forderungen), Vermögensstruktur und Eigentumsformen verdeckt indes der Schleier des Geldes.²⁶

25 Kanzleramt und Statistisches Bundesamt (2007): „Nachhaltige Entwicklung in Deutschland“ Indikatorenbericht 2006, Wiesbaden 2007; Die Bundesregierung (2008): Nationale Nachhaltigkeitsstrategie, Konsultationspapier zum Fortschrittsbericht 2008.

26 Peter v.d. Lippe (1985): Wirtschaftsstatistik, Kapitel IV: Ausbau des Systems wirtschaftlicher Gesamtrechnungen, 4. Vermögensrechnung, a.a.O., S. 134ff.; Meyers Online-Lexikon (2008): Stichwort: „Volksvermögen“; Deutsche Bundesbank (2008): „Integrierte sektorale und gesamtwirtschaftliche Vermögensbilanzen für Deutschland“, in: Monatsbericht, Januar 2008.

7.3 „Wem gehört Deutschland?“ Frage der Wirtschaftsordnung: Staatseigentum oder Privateigentum?

Die amtliche Berichterstattung zu den Eigentumsformen nach Staats- und Privateigentum mit der Volksvermögensrechnung wäre ordnungspolitisch nach Art. 14 und 15 GG geboten. Die vom „Stern“ den Behörden gestellte ordnungspolitische Frage „Wem gehört Deutschland?“ bleibt unbeantwortet, obwohl Privateigentum die Grundlage der „Sozialen Marktwirtschaft“ ist, wie Ludwig von Mises bestätigt: „If history could teach us anything, it would be that private property is inextricably linked with civilization.“ Das Thema wird im Sachverständigengutachten, im Jahreswirtschaftsbericht und in den Bundesbankberichten nicht diskutiert. Das bleibt dem „Stern“ überlassen: „Obwohl hierzulande alles gezählt wird, gibt es keine Stelle, die die Eigentumsverhältnisse auch nur halbwegs überblickt.“²⁷

7.4 Staatsbetriebe und Privatisierung in der DDR

Vor 20 Jahren gehörten die Umstrukturierung der zentralen Planwirtschaft der ehemaligen DDR in eine Marktwirtschaft und die Überführung des „Staatsvermögens“ in Privateigentum zum zentralen politischen Handeln. Seinerzeit veröffentlichte die frühere Treuhandanstalt in Berlin eine Fülle von amtlichen Daten auf Mikro- und Makroebene zum Stand der Privatisierung. Jetzt fließen Informationen zu den Eigentumsformen und zum Stand der Überführung von staatlichen Betrieben, Staatsbeteiligungen, Forsten und Agrarflächen sowie von bebauten und unbebauten Grundstücken der ehemaligen Kombinate in Privateigentum nur noch spärlich. Die Treuhand-Nachfolgegesellschaften (TLG/BVVG) halten sich in ihrer Berichterstattung ebenso bedeckt wie die zuständigen Behörden.²⁸

27 Stern on-line: „Wem gehört Deutschland?“, Artikel in Heft 06 v. 9.2.2008.

28 Treuhandanstalt, The Impossible Challenge, a.a.O., Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (1984): Handbuch DDR-Wirtschaft, Hamburg 1984, 4. Aufl., S.130ff.

8. Zweifel an der Datenbasis – Falschbeantwortungen?

8.1 „False response“ – Falschbeantwortungen

Eine weitere Schwachstelle der amtlichen Berichterstattung besteht in der unsicheren Datenbasis. Nicht amtliche Statistik oder staatlichen Aufsichtsbehörden sondern die Medien haben die Fälle falscher Erfolgsangaben, wie bei Telekom, VW, Siemens und bei zahlreichen Banken, wie Hypo Real Estate, IKB, KfW, und diversen Landesbanken mit „plötzlichem Abschreibungsbedarf“ aufgedeckt. Es bestehen Zweifel daran, dass die von den Unternehmen, Finanzdienstleistern und Banken an die Behörden unter Gesetzeszwang(!) gelieferten Kostenstruktur- und Produktionsdaten, Bilanzen und Ertragsrechnungen, trotz Testat von Wirtschaftsprüfern, zutreffen. Falschbeantwortung droht bei den sensiblen Daten über Betriebsergebnisse, über den Wert des Anlagen- und Immobilienbestands und der Lager sowie über den Wert der Forderungen und Verbindlichkeiten. Die staatlichen Datenbeschaffer können vor dem Hintergrund der nicht erfassten Schattenwirtschaft und der Bilanzverschleierungen bei Banken mit „Off-Shore-Tochtergesellschaften“ in New Jersey oder den Kaiman-Inseln nicht davon ausgehen, dass zwangsbefragte Unternehmen und Banken unentgeltlich korrekte Daten melden. Die üblichen amtlichen Plausibilitätstests sind bei Nichtbilanzierung von „hidden money“ sinnlos.²⁹

8.2 Vor 20 Jahren: „False Response“ in der ehemaligen DDR-Statistik?

Im Krisenjahr 1990, zum Zeitpunkt der Währungsunion mit der ehemaligen DDR, ignorierte die Wirtschaftspolitik ebenfalls die bestehende unsicheren Daten- und Berichtslage zur ehemaligen DDR-Wirtschaft. Die Meldungen der früheren DDR-Kombinate über Produktionsvolumen und Produktionswert wurden von der DDR-Statistik kritiklos übernommen. Der ehemalige Leiter der früheren „Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik der DDR“, Arno Donda, räumte später ein, dass sich die Meldungen der Kombinate der DDR zur Planerfüllung und zu angeblichen Transportverlusten als „falsch“ erwiesen hatten, trotz Hauptbuchhalter und Stasi-Mitarbeiter. Anders als die heutigen „Bittsteller nach Staatshilfe“ wie Commerzbank, Arcandor und Opel mussten die umgewandelten Kombinate DM-Eröffnungsbilanzen und Geschäftspläne vorlegen. Umfassende Betriebsinventuren mit einer Neubewertung aller Aktiva und Passiva gingen voraus.

²⁹ Jack Blum-US-Regierungsberater (2009): „How escape from taxation and regulations by moving „offshore“ ruined world's economy“, Tagung Heinrich-Böll-Stiftung 9. Juni 2009, Berlin. Das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMELV) löst das Datenbeschaffungsproblem durch Übernahme von Steuerberaterkosten bei Landwirten, die am Betriebsnetz der Buchführungsbetriebe der EU (FADN) freiwillig mitwirken.

Ohne Korrektur bleiben alle Wirtschaftsberichte Makulatur und vorübergehende „Staatshilfen“ unvertretbar.³⁰

9. Fazit

Das staatliche Informations- und Berichtssystem weist gravierende Systemfehler auf. Parlamentarier und Bürger werden über das Ausmaß der Wirtschafts- und Finanzkrise, über die staatliche Belastung der vielen mittleren und kleinen Unternehmen, über die Schiefelage zwischen Staat, Banken und mittelständischer Wirtschaft, über die Aufteilung des Volksvermögens in Staats- und Privateigentum und über regionale und lokale Differenzierungen nicht informiert. Die Daten sagen nichts darüber, ob die Finanz- und Konjunkturpakete wirken und ob die Kriterien des Stabilitätsgesetzes und des Maastricht-Vertrages erfüllt werden. Wachstumsprognosen sind infolge tautologischer Modellrechnungen unseriös. Wirkungszusammenhänge zwischen den Akteuren der „realen Wirtschaft“ und den „Banken und Finanzdienstleistern“ verdeckt der „Schleier des Geldes“. Die amtliche Datenbasis ist mangels Transparenz über das Ausmaß der Schattenwirtschaft, der „Falschbeantwortungen“ und der Bilanzverschleierungen ohne Revision und ohne Inventur in Unternehmen und Banken unbrauchbar. Die staatlichen Informationspflichten werden trotz kostspieligem Behördenapparat nicht erfüllt. Die irreführenden Zahlenwerke aus der zentralen Planwirtschaft erinnern an Hermann Hesses „Glasperlenspiel“ und bedürfen einer grundlegenden Reform so wie das gesamte Wirtschafts- und Finanzsystem, dies im Sinne von Adam Smith, Ludwig von Mises und Josef A. Schumpeter.

³⁰ Leiter der DDR-Statistik bis Ende 1991, Arno Donda, Herausgeber: Lexikon der Wirtschaft, Rechnungsführung und Statistik, 2. Aufl., 1986, Stichworte Grundmittelrechnung S. 183ff., Nationaleinkommen S. 311ff; Berichterstattung S. 62f, Berichtswesen, S.63.

Über den Autor:

Dr. Immo H. Wernicke, Senior Economic Expert, ehemaliges Mitglied des Statistischen Beirats im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, 1976-1991 bzw. 1991-1995 Wirtschafts- und Politikberatung im Gesamtdeutschen Institut und in der Treuhandanstalt, seit 1995 beauftragt vom Statistischen Bundesamt mit Beratungsaufgaben in Statistikfragen der Weltbank und der EU in Osteuropa, Asien und Afrika.

Wenn Sie unsere Arbeit unterstützen wollen:
Commerzbank Berlin
BLZ 100 400 00
Spendenkonto: 266 9661 04
Spendenbescheinigungen werden ausgestellt.

Position Liberal

Positionspapiere des Liberalen Instituts der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Weitere Publikationen unter www.libinst.de

- [81] Sibylle Laurischk (2009)
WIE LIBERAL SIND DIE DEUTSCHEN ZUWANDERUNGSREGELUNGEN?
- [80] Detmar Doering (2009)
RECHTSSTAAT UND WIRTSCHAFTLICHE FREIHEIT
- [79] Tom G. Palmer (2009)
ZWANZIG MYTHEN ÜBER MÄRKTE
- [77] Susanne Maria Schmidt/Olaf Steglich (2009)
AUS GEGEBENEM ANLASS – ODER WARUM DIE ORDNUNGSPOLITIK DAS EINZIGE HEILMITTEL FÜR DIE FINANZMÄRKTE IST
- [76] Steffen Henrich (2009)
IN GUTEN HÄNDEN? UMWELTSCHUTZ ALS STAATSAUFGABE
- [75] Detlef Parr (2008)
LEISTUNGSSPORT UND BREITENSPORT: GESELLSCHAFTLICHE AUFGABEN?
- [74] Reto Steiner (2008)
GRUNDLAGEN UND KRITISCHE ERFOLGSFAKTOREN VON BENCH-MARKING IM ÖFFENTLICHEN SEKTOR – DARGESTELLT AM BEISPIEL DER SCHWEIZ
- [73] Gary Merrett (2007)
MARKTWIRTSCHAFT IN SCHULBÜCHERN
- [72] Thomas Straubhaar (2007)
EINWANDERUNGSLAND DEUTSCHLAND
- [71] Klaus Büniger (2007)
ZUR EROSION DER MARKTWIRTSCHAFTLICHEN WIRTSCHAFTSVERFASSUNG DER EUROPÄISCHEN UNION
- [70] Peter A. Henning (2007)
ZUR INTERNATIONALISIERUNG DER DEUTSCHEN HOCHSCHULEN
- [69] Roland Vaubel (2007)
IDEEN ZU EINEM VERSUCH, DIE TÄTIGKEIT DES STAATES ZU BEGRENZEN
- [68] Otto Graf Lambsdorff (2006)
MEHR BETEILIGUNGSKAPITAL – MEHR MARKTWIRTSCHAFT
- [67] Rainer Erkens (2006)
ENTWICKLUNG KANN MAN NICHT KAUFEN
- [66] Eckhard Behrens (2006)
FÖDERALISMUSREFORM UND BILDUNGSPOLITIK
- [65] Thomas Volkmann (2008)
ARGUMENTE ZUR INHALTLICHEN AUSEINANDERSETZUNG MIT DER POLITIK DER LINKEN
- [64] Dirk Maxeiner/Michael Miersch (2005)
IST DIE LINKE NOCH LINKS?
- [63] Horst Wolfgang Boger (2005)
DAS DEUTSCHE SCHULSYSTEM: AM ABGRUND ODER IM AUFSCHWUNG?
- [59] Jürgen Morlok (2009)
ÜBER FREIHEIT, EIGENTUM UND DIE ZUKUNFT DER DEMOKRATIE
- [56] Thomas Lenk (2008)
REFORM DES DEUTSCHEN LÄNDERFINANZAUSGLEICHS – EINE UNENDLICHE GESCHICHTE?
- [50] Jutta Braun (2008)
FUSSBALL UND POLITISCHE FREIHEIT – HISTORISCHE ERFAHRUNGEN DES GETEILTEN DEUTSCHLAND
- [48] Tom G. Palmer (2008)
FREIHEIT WOHL VERSTANDEN
- [26] James Bartholomew (2005)
SCHULBILDUNG OHNE DEN STAAT – PRIVAT- UND ARMENSCHULEN IM GROSSBRITANNIEN DES 19. JAHRHUNDERTS UND DANACH